

**August 2020**

---

Eine Studie zur politischen Stimmung im Auftrag  
der ARD-Tagesthemen und der Tageszeitung DIE WELT



# ARD-DeutschlandTREND

Der Inhalt dieses Berichtes darf ganz oder teilweise nur mit unserer schriftlichen Genehmigung veröffentlicht, vervielfältigt, gedruckt oder in Informations- und Dokumentationssystemen (information storage and retrieval systems) gespeichert, verarbeitet oder ausgegeben werden.

## Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung.....	1
Corona-Maßnahmen sind ausreichend, Kontrollen und Sanktionen nicht .....	2
Zweifel an Vorbereitungen für Schulstart .....	3
Deutliches Ja zu Corona-Pflichttests, geteiltes Echo zur Kostenübernahme.....	4
Konjunktur: deutliche Verunsicherung, Sorge um Arbeitsplatz gewachsen.....	5
Hohe Impfbereitschaft bei Vorlage eines Corona-Impfstoffs .....	7
Politikerzufriedenheit: hoher Zuspruch für Merkel.....	8
Weiterhin Mehrheit mit Bundesregierung zufrieden .....	9
Sonntagsfrage: Union weiter stark, Grüne büßen ein .....	10
Studieninformation.....	12

## Zusammenfassung

Die Corona-Neuinfektionszahlen sind zuletzt gestiegen und mit ihnen auch die Sorgen vor einer Ansteckung: Aktuell äußern 28 Prozent sehr große bzw. große Sorgen, dass sie sich selbst oder Familienmitglieder mit dem Virus infizieren könnten. Einen Anlass für eine Verschärfung von Regeln sieht die Mehrzahl der Bürger dennoch nicht. Nach Ansicht von 59 Prozent sind die Corona-Alltags-einschränkungen weiterhin alles in allem ausreichend. Für 28 Prozent gehen die geltenden Auflagen dagegen nicht weit genug, 11 Prozent empfinden sie schon als zu weitgehend. Aktuelle Defizite bestehen aus Bürgersicht weniger bei den Maßnahmen selbst als bei deren Durchsetzung, d.h. bei Kontrollen und Sanktionen.

Zum nächsten Härtetest für die Politik dürfte der Beginn des neuen Schuljahres werden. 60 Prozent der Bürger meinen, die Schulen seien für die Zeit nach den Ferien weniger gut bzw. schlecht vorbereitet. Hinter diesem Urteil stehen auch unterschiedliche Erwartungen an das in Corona-Zeiten angemessene Unterrichtsformat. Etwa die Hälfte hält einen Unterricht für sinnvoll, der wieder durchgehend an den Schulen stattfindet. 44 Prozent favorisieren einen Wechsel zwischen Präsenzunterricht an der Schule und Homeschooling zuhause. Eine für den Schulstart vielfach geplante Maskenpflicht an den Schulen unterstützen acht von zehn. Das Tragen einer Maske auch während des Unterrichts favorisiert allerdings nur jeder vierte Wahlberechtigte bzw. nur jedes fünfte Eltern- teil. Neben dem Schulstart stellt der Reiseverkehr die Politik vor Herausforderungen. Corona-Pflicht- tests für Reiserückkehrer aus Risikogebieten stellt kaum jemand infrage. Der Plan, die Testkosten öffentlich zu tragen, aber stößt bei den Bürgern auf Widerspruch.

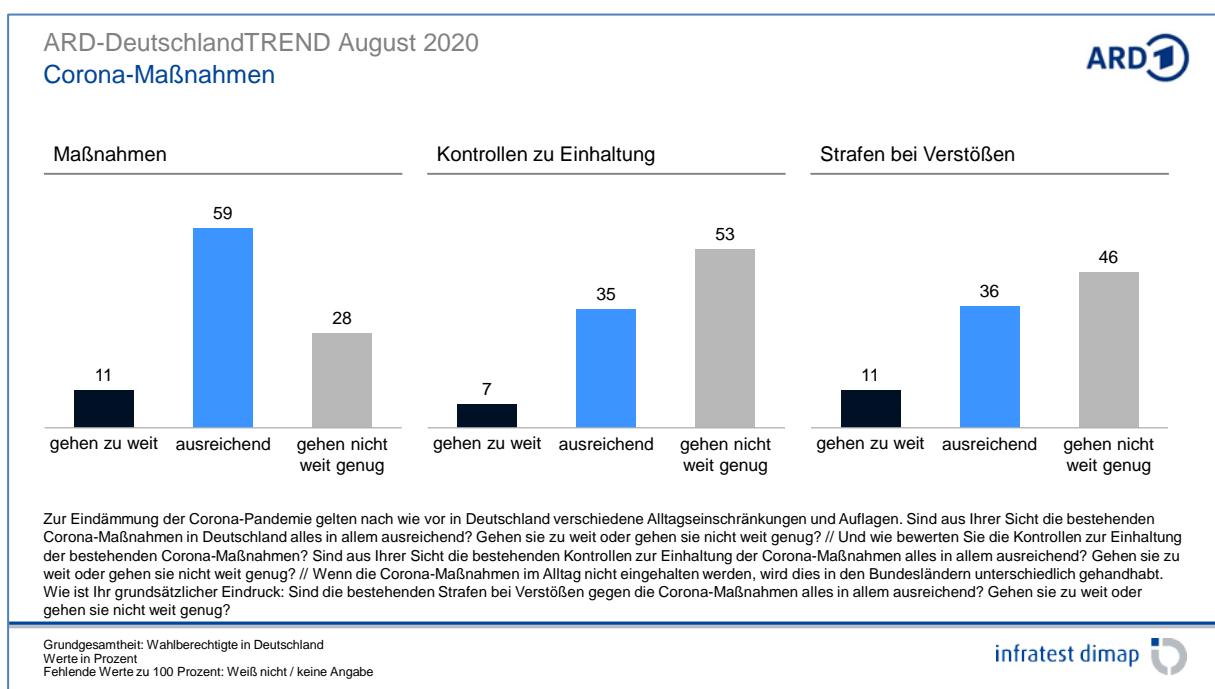
Die wirtschaftlichen Corona-Folgen sorgen in der Bevölkerung weiterhin für Unbehagen. Wie im Juni bezeichnen sechs von zehn die wirtschaftliche Lage in Deutschland als weniger gut bzw. schlecht. Diese Sicht geht mit Unsicherheit gegenüber der weiteren Entwicklung einher. Nach wie vor sind die meisten Bürger in Sorge, dass sich die Konjunktur eintrüben könnte. Allerdings macht sich nur jeder vierte Wahlberechtigte bisher große bis sehr große Sorgen um seine eigene wirtschaftliche Lage und nur jeder fünfte Erwerbstätige um seinen Arbeitsplatz. Zugleich ist aber die Sorge um den Arbeitsplatz gegenüber dem Frühjahr gewachsen. Auch variiert die Angst vor dem Arbeitsplatzverlust zwischen den Einkommensgruppen erheblich.

Im aktuell unsicheren Umfeld genießen die Spitzen der schwarz-roten Bundesregierung nach wie vor einen hohen Rückhalt, allen voran die Kanzlerin. Diese Unterstützungswerte spiegeln sich in einem hohen Regierungsvertrauen, das weit über die Anhänger von CDU/CSU und SPD hinaus reicht. So bewertet mit 64 Prozent die Mehrzahl der Wahlberechtigten die Berliner Regierungsleistungen wohlwollend. Das Kabinett erreicht damit seinen Rekordwert von Anfang Mai.

Vom hohen Zuspruch für die Berliner Regierungsarbeit profitiert in der bundespolitischen Stimmung weiterhin allein die Union. Bei einer Bundestagswahl zum jetzigen Zeitpunkt hätte die CDU/CSU einen Stimmenanteil von 38 Prozent in Aussicht, 1 Punkt mehr als im Vormonat, während die SPD im gleichen Umfang verliert und auf 15 Prozent käme. Verluste verzeichnen auch die oppositionel- len Grünen, die aktuell mit 18 Prozent rechnen könnten. Die AfD verbessert sich um 1 Punkt auf 11 Prozent. Während die Linke unverändert bei 7 Prozent liegt, legt die FDP um 1 Punkt auf 6 Prozent zu. Alle anderen Parteien kämen wie im Juli zusammen auf 5 Prozent. Eine Regierungsbildung gegen die Union wäre damit aktuell weiterhin ausgeschlossen.

## Corona-Maßnahmen sind ausreichend, Kontrollen und Sanktionen nicht

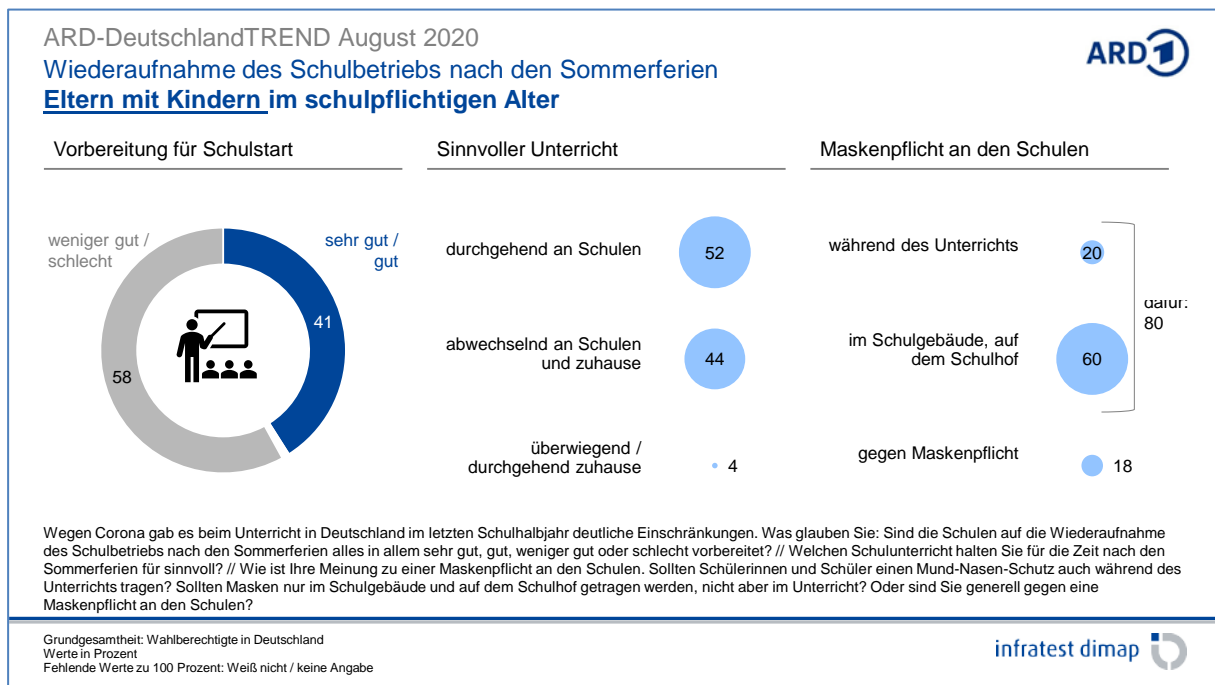
Die Corona-Neuinfektionszahlen in Deutschland sind in den letzten Tagen wieder leicht gestiegen und mit ihnen auch die Sorgen vor einer Ansteckung mit dem Virus: Äußerte Anfang Juni jeder Vierte (24 Prozent) sehr große bzw. große Sorgen, dass er sich selbst oder Familienmitglieder mit Corona infizieren könnten, sind es aktuell 28 Prozent. Einen Anlass für eine Verschärfung von Corona-Maßnahmen sieht die Mehrzahl der Deutschen momentan nicht. Nach Ansicht von 59 Prozent sind die bestehenden Alltagseinschränkungen weiterhin alles in allem ausreichend. Für drei von zehn (28 Prozent) gehen die aktuell geltenden Auflagen dagegen nicht weit genug. Trotz der jüngsten Protestdemonstration in Berlin mit knapp 20.000 Teilnehmern betrachten bundesweit nur 11 Prozent der Wahlberechtigten die geltenden Corona-Maßnahmen als zu weitgehend.



Aktuelle Defizite bestehen aus Sicht der Bundesbürger weniger bei den Corona-Maßnahmen selbst als bei den Anstrengungen zu deren Durchsetzung: Die Kontrollen zur Einhaltung der Maßnahmen bewerten 35 Prozent als ausreichend, 53 Prozent als unzureichend. Strafen bei Corona-Verstößen sind für 36 Prozent ausreichend. Nach Ansicht von 46 Prozent gehen sie dagegen derzeit nicht weit genug.

## Zweifel an Vorbereitungen für Schulstart

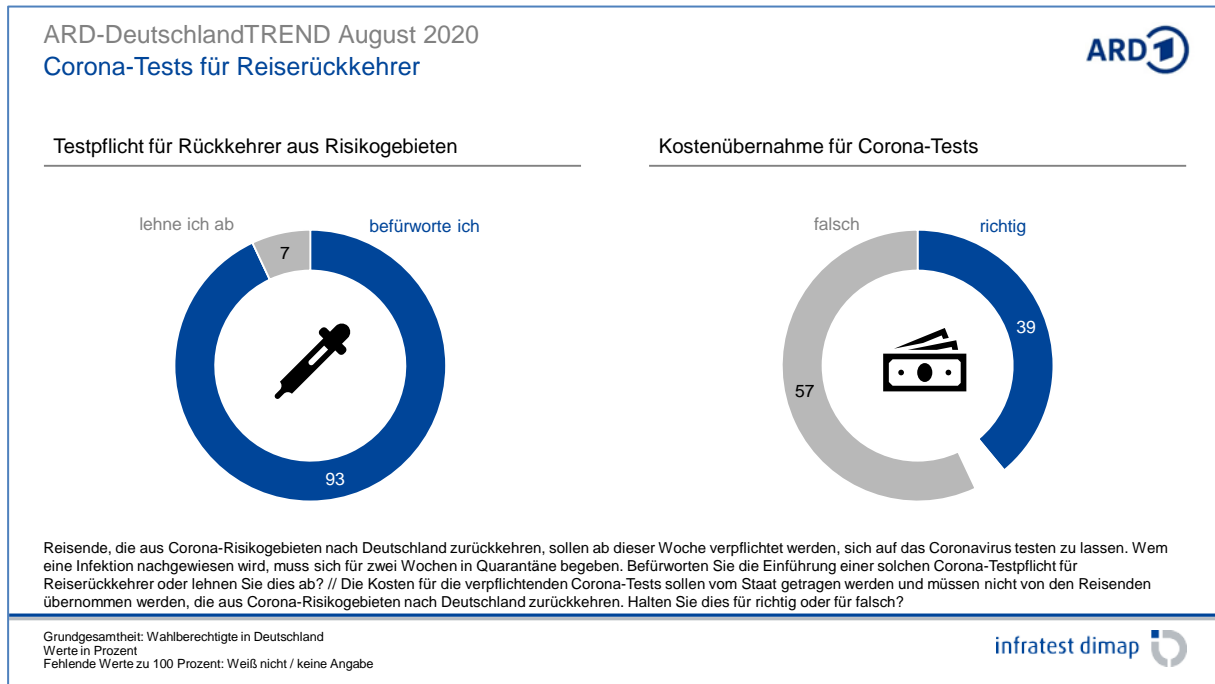
Zum nächsten Härtefall für die Politik dürfte der Beginn des neuen Schuljahres nach den Sommerferien werden. 60 Prozent der Bundesbürger und 58 Prozent der Eltern von Kindern im schulpflichtigen Alter fürchten, dass die Schulen auf die Wiederaufnahme des Schulbetriebs bislang weniger gut bzw. schlecht vorbereitet sind. Hinter diesem Urteil stehen auch unterschiedliche Erwartungen an das in Corona-Zeiten adäquate Unterrichtsformat: Etwa die Hälfte (49 Prozent) - auch der Eltern mit Kindern im schulpflichtigen Alter (52 Prozent) - hält es für sinnvoll, dass der Unterricht nach den Ferien wieder regulär, d.h. durchgehend an den Schulen stattfindet. 44 Prozent favorisieren stattdessen einen Unterricht, der abwechselnd an den Schulen und zuhause stattfindet. Ein Unterricht, der wie nach dem Lockdown im Frühjahr vollständig oder überwiegend zuhause stattfindet, findet faktisch kaum Zuspruch.



Bislang konzentriert sich die Debatte über das kommende Schulhalbjahr in erster Linie auf Hygiene-Regeln für einen regulären Normalbetrieb. Eine Maskenpflicht an den Schulen unterstützen acht von zehn Bundesbürgern (83 Prozent) wie auch 80 Prozent der Eltern mit Kindern im schulpflichtigen Alter. Die meisten Eltern favorisieren allerdings eine nur eingeschränkte Maskenpflicht außerhalb des Unterrichts (60 Prozent). Das Tragen einer Maske auch während des Unterrichts, wie es beispielsweise für die weiterführenden Schulen in Nordrhein-Westfalen geplant ist, unterstützt dagegen nur jeder vierte Wahlberechtigte (24 Prozent) bzw. nur jedes fünfte Elternteil (20 Prozent). 13 Prozent der Bundesbürger und 18 Prozent der Eltern sprechen sich gegen jegliche Maskenpflicht an den Schulen aus.

## Deutliches Ja zu Corona-Pflichttests, geteiltes Echo zur Kostenübernahme

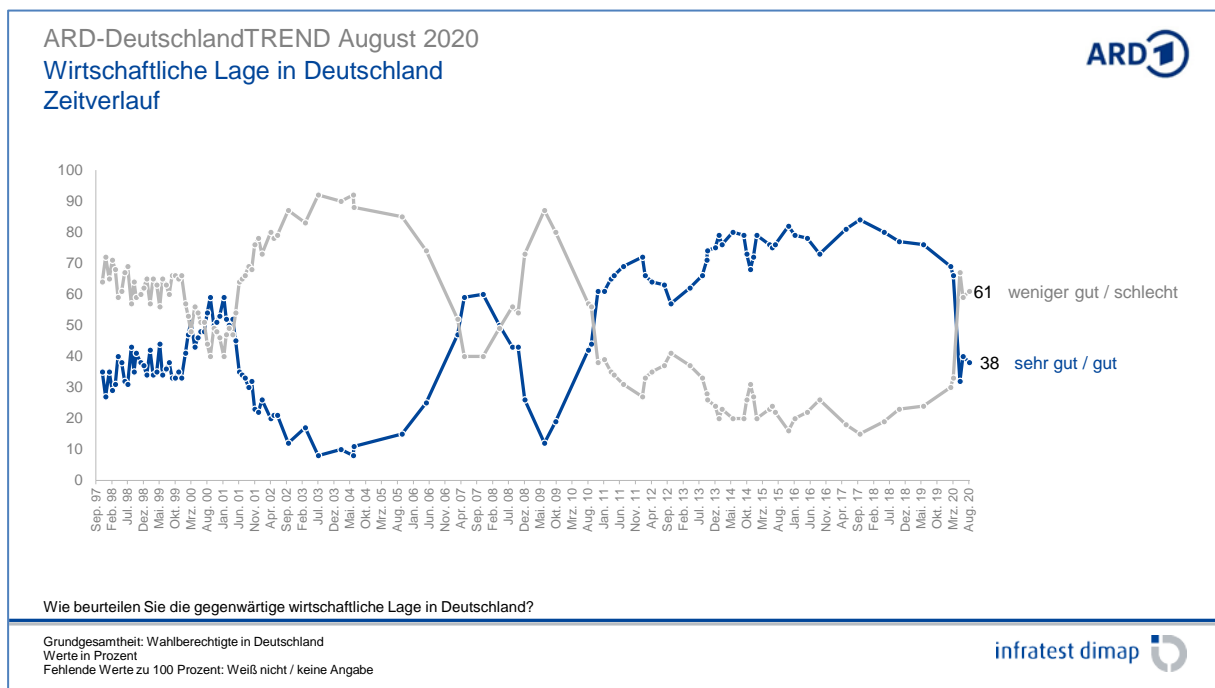
Neben dem Schulbeginn nach den Sommerferien stellt der Reiseverkehr aus Corona-Risikogebieten die Politik vor Herausforderungen. Die Ankündigung des Bundesgesundheitsministers zur Einführung von Corona-Pflichttests für Reiserückkehrer aus Gebieten mit hohen Infektionszahlen befürworteten neun von zehn Deutschen (93 Prozent), 7 Prozent lehnen derartige Pflichttests ab.



Die Entscheidung, die Kosten für die Tests nicht an die Urlauber weiter zu reichen, stößt demgegenüber auf Widerspruch: 39 Prozent bezeichnen die öffentliche Kostenübernahme für die Corona-Pflichttests als richtig, 57 Prozent als falsch. Während die besonders reiseaktive Altersgruppe der unter 40-jährigen mit 57 Prozent mehrheitlich Gefallen an kostenfreien Corona-Pflichttests findet, stehen die älteren Bundesbürger diesen Plänen überwiegend ablehnend gegenüber.

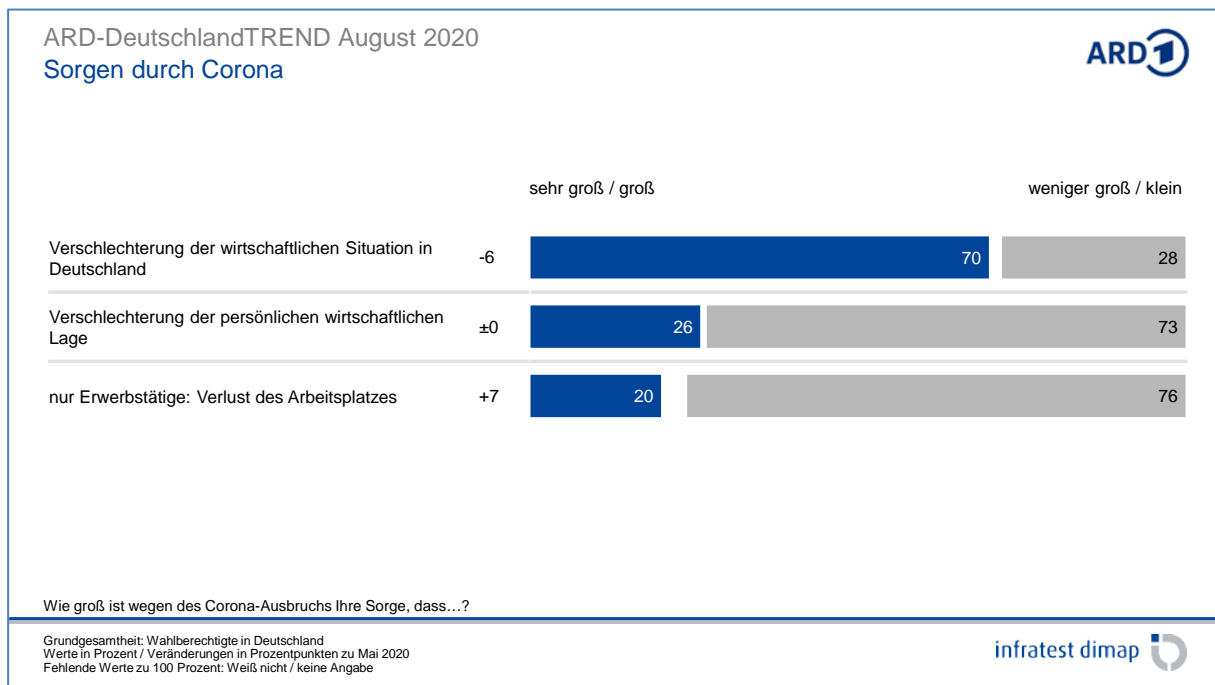
## Konjunktur: deutliche Verunsicherung, Sorge um Arbeitsplatz gewachsen

Die möglichen wirtschaftlichen Corona-Folgen sorgen bei den Bundesbürgern weiterhin für deutliches Unbehagen. Ähnlich wie im Juni bezeichnen aktuell sechs von zehn Wahlberechtigten (61 Prozent; +2) die wirtschaftliche Lage in Deutschland als weniger gut bzw. schlecht, während 38 Prozent (-2) zu einem positiven Urteil gelangen. Anfang März und damit unmittelbar vor dem Lock-down hatten sich noch zwei Drittel der Bundesbürger (66 Prozent) positiv zur wirtschaftlichen Situation in Deutschland geäußert.



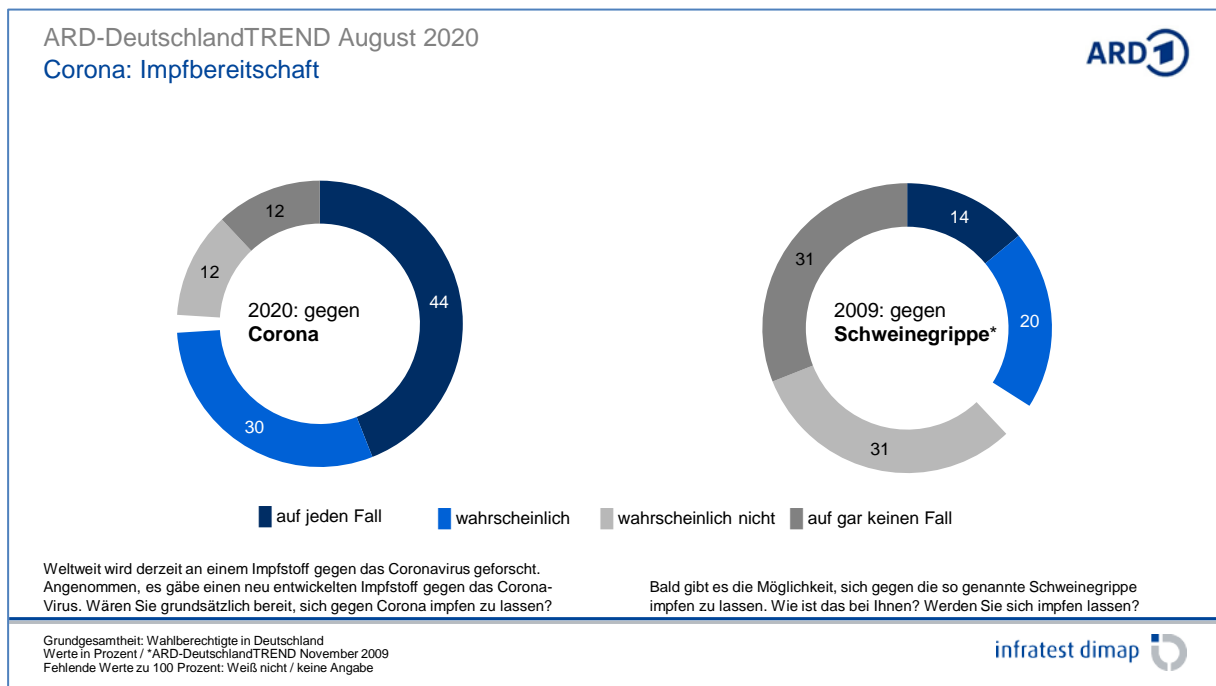


Diese kritische Sicht geht mit Unsicherheit gegenüber der weiteren Entwicklung einher. So sind trotz rückläufiger Befürchtungen mit 70 Prozent (-6 zu Mai) nach wie vor das Gros der Bürger in Sorge, dass sich die wirtschaftliche Situation in Deutschland coronabedingt weiter eintrüben könnte. Dass sich dies letztlich auch auf die persönlichen wirtschaftlichen Lebensumstände negativ auswirkt, glaubt allerdings weiterhin eine Mehrheit nicht: Nur jeder vierte Wahlberechtigte (26 Prozent; +/-0) macht sich wegen Corona große bis sehr große Sorgen um seine persönliche wirtschaftliche Lage, nur jeder fünfte Erwerbstätige (20 Prozent; +7) um seinen Arbeitsplatz. Allerdings ist die Sorge um den Arbeitsplatz gegenüber dem Frühjahr gewachsen. Auch variiert die Angst vor dem Arbeitsplatzverlust zwischen den Einkommensgruppen erheblich. So sind Erwerbstätige mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von weniger als 1.500 Euro mehrheitlich in Sorge um den Arbeitsplatz, während unter den Erwerbstätige mit einen einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von mindestens 3.000 Euro nicht einmal jeder Zehnte entsprechende Sorgen teilt.



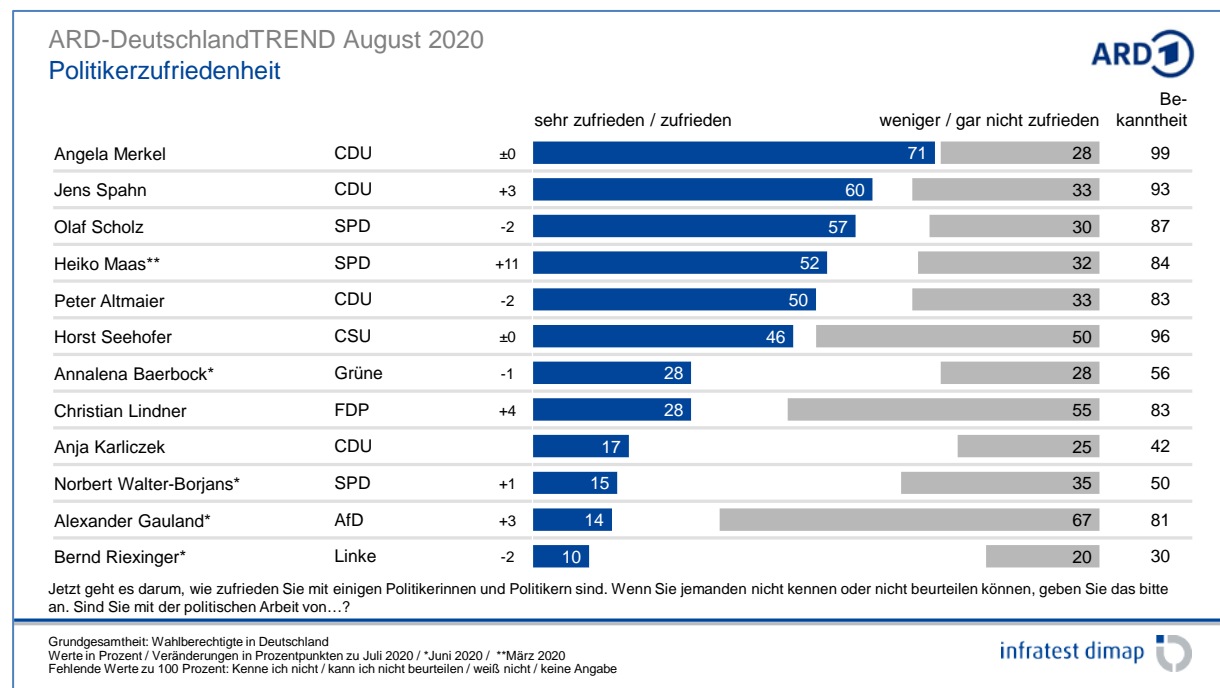
## Hohe Impfbereitschaft bei Vorlage eines Corona-Impfstoffs

Entscheidend für eine Normalisierung nicht zuletzt der wirtschaftlichen Verhältnisse dürfte neben der Begrenzung von Infektionszahlen die Entwicklung eines wirksamen und sicheren Impfschutzes sein. Die aktuelle Bereitschaft der Deutschen, sich bei Vorliegen eines solchen Impfstoffes gegen Corona impfen zu lassen, ist hoch. Drei Viertel der Bundesbürger (74 Prozent) geben an, dass sie sich auf jeden Fall bzw. wahrscheinlich gegen Corona impfen lassen würden, wenn ein Impfstoff vorläge. 24 Prozent signalisieren demgegenüber, dass sie sich in diesem Fall wahrscheinlich nicht bzw. auf gar keinen Fall impfen lassen würden. Zum Vergleich: Nach dem Ausbruch der Schweinegrippe 2009 fiel die Impfbereitschaft unter den Bundesbürgern mit 34 Prozent nur halb so groß aus.



## Politikerzufriedenheit: hoher Zuspruch für Merkel

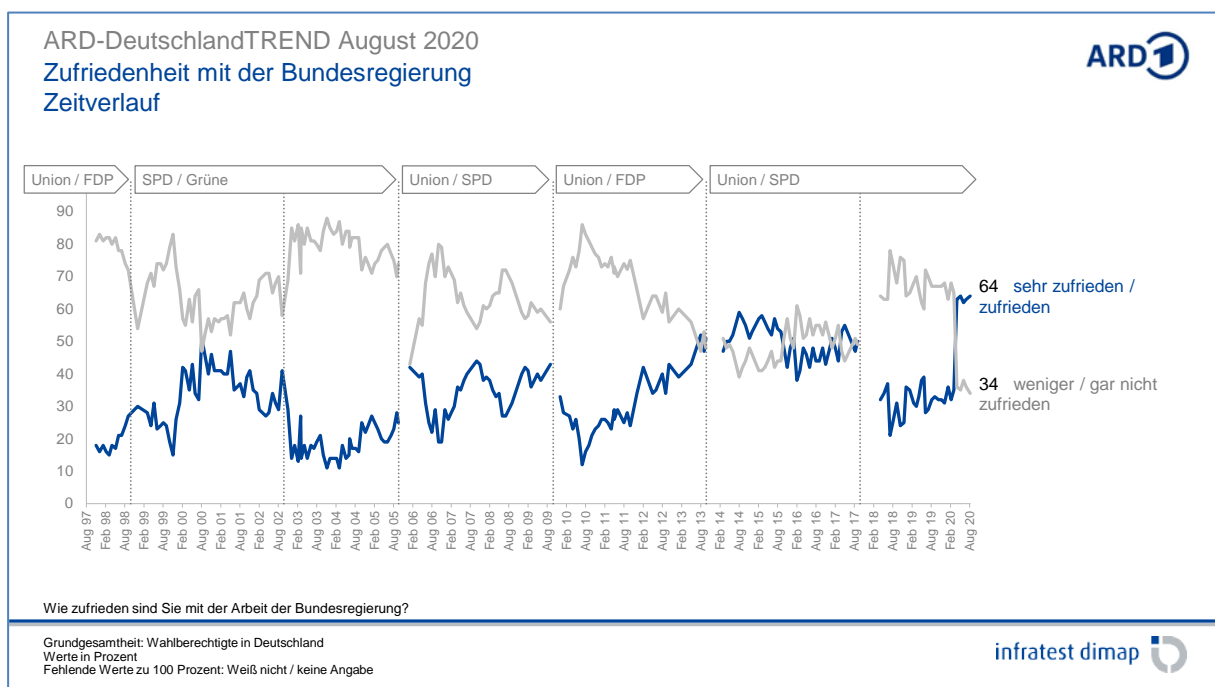
In diesem weiterhin sehr unsicheren Umfeld genießen die Spitzen der Bundesregierung nach wie vor einen hohen Rückhalt, allen voran die Bundeskanzlerin. Zur Arbeit von Angela Merkel äußern sich unverändert sieben von zehn Wahlberechtigten (71 Prozent; +/-0) positiv. Hinter der Regierungschefin platzieren sich im Bürgerurteil Gesundheitsminister Jens Spahn (60 Prozent; +3) und Finanzminister Olaf Scholz (57 Prozent; -2). Der Gesundheitsminister legt zu und erreicht seinen Spitzenwert vom April. Der wegen des Wirecard-Skandals in die Diskussion geratene Finanzminister verliert zum Vormonat nur leicht, ebenso sein Kabinettskollege im Wirtschaftsressort. Peter Altmaier (50 Prozent; -2) liegt im ARD-DeutschlandTREND August gemeinsam mit Außenminister Heiko Maas im vorderen Mittelfeld, gefolgt von Bundesinnenminister Horst Seehofer (46 Prozent; +/-0). Heiko Maas erreicht mit 52 Prozent (+11 zu März) einen neuen persönlichen Bestwert als Außenminister, bleibt damit aber nach wie vor hinter den Rekordwerten seiner SPD-Vorgänger im Auswärtigen Amt, Frank-Walter Steinmeier (79 Prozent) und Sigmar Gabriel (68 Prozent), zurück.



Die Spitzen der Berliner Opposition verfehlen weiterhin die Zufriedenheitswerte der wichtigsten Berliner Ressortchefs deutlich. Am populärsten sind im ARD-DeutschlandTREND August die Grünen-Vorsitzende Annalena Baerbock (-1 zu Juni) und der FDP-Vorsitzende Christian Lindner (+4), mit deren Arbeit aktuell jeweils drei von zehn zufrieden sind (28 Prozent). Damit erhalten beide Oppositionspolitiker zugleich höhere Zufriedenheitswerte als Wissenschaftsministerin Anja Karliczek (17 Prozent), deren Arbeit jedoch sechs von zehn (58 Prozent) nicht bewerten kann. Auf den letzten Plätzen liegen der SPD-Vorsitzende Norbert Walter-Borjans (15 Prozent; +1 zu Juni), der AfD-Fraktionsvorsitzende Alexander Gauland (14 Prozent; +3 zu Juni) sowie Linken-Parteichef Bernd Riexinger (10 Prozent; -2), der allerdings den meisten Bundesbürgern kein Begriff ist.

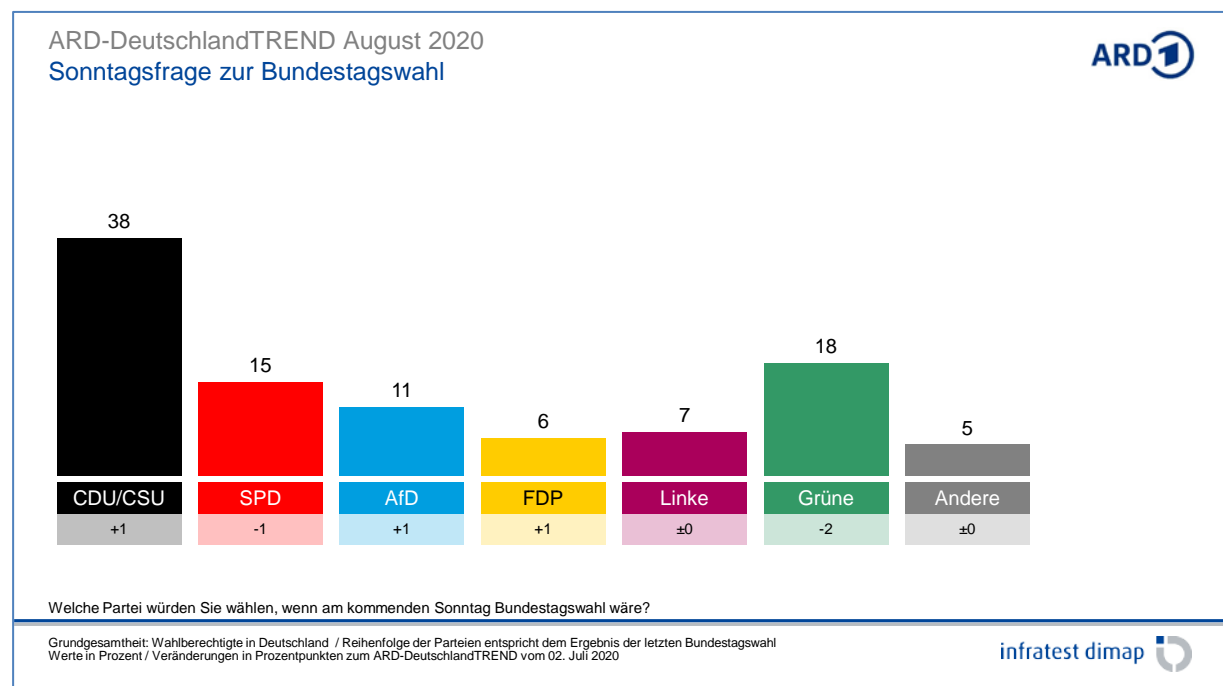
## Weiterhin Mehrheit mit Bundesregierung zufrieden

Die Unterstützungswerte für die Berliner Regierungsspitze spiegeln sich in einem hohen Regierungsvertrauen, das nach wie vor weit über die Anhänger der Regierungsparteien hinaus reicht. Kaum verändert zum Vormonat bewertet mit 64 Prozent (+1) die Mehrzahl der Wahlberechtigten die Regierungsarbeit wohlwollend. Das Kabinett erreicht damit seinen Rekordwert im ARD-DeutschlandTREND von Anfang Mai. Außerhalb der eigenen Reihen erhält Schwarz-Rot mehrheitlich Unterstützung von den Anhängern der Grünen (84 Prozent). Aber auch in den Reihen von Linken (57:43 Prozent) und FDP (55:44 Prozent) überwiegt nach wie vor ein positives Bild. Demgegenüber stehen unverändert die AfD-Anhänger, die die Berliner Regierungsleistungen faktisch vollständig kritisieren (8:92 Prozent).



## Sonntagsfrage: Union weiter stark, Grüne büßen ein

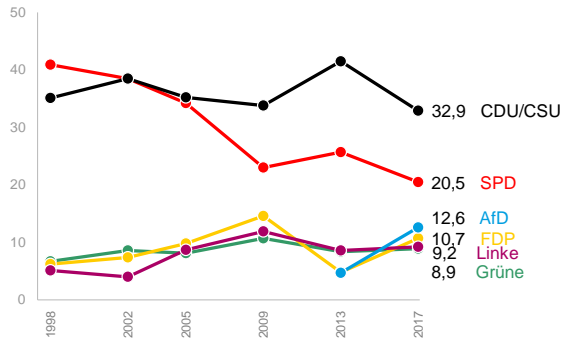
Vom hohen Zuspruch für die Berliner Regierungsarbeit profitiert in der bundespolitischen Stimmung weiterhin allein die Union. Bei einer Bundestagswahl zum jetzigen Zeitpunkt hätte die CDU/CSU einen Stimmenanteil von 38 Prozent in Aussicht, 1 Punkt mehr als im Vormonat, während die SPD im gleichen Umfang verliert und auf 15 Prozent käme. Verluste verzeichnen auch die oppositionellen Grünen, die aktuell mit 18 Prozent rechnen könnten. Die AfD verbessert sich um 1 Punkt auf 11 Prozent. Während die Linke unverändert bei 7 Prozent liegt, legt die FDP um 1 Punkt auf 6 Prozent zu. Alle anderen Parteien kämen wie im Juli zusammen auf 5 Prozent. Eine Regierungsbildung gegen die Union wäre damit aktuell weiterhin ausgeschlossen.



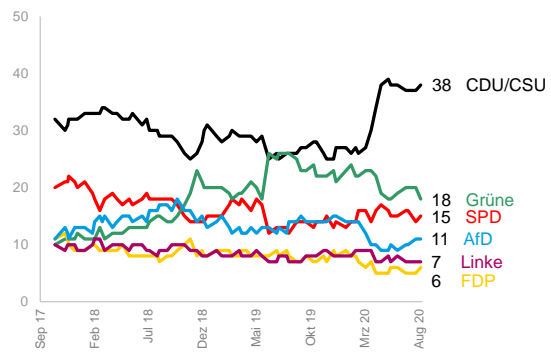
ARD-DeutschlandTREND August 2020  
Wahl- und Umfrageergebnisse Bundestagswahl  
Zeitverlauf



Wahlergebnisse seit 1998



aktuelle Umfrageergebnisse



Welche Partei würden Sie wählen, wenn am kommenden Sonntag Bundestagswahl wäre?

Grundgesamtheit: Wahlberechtigte in Deutschland  
Werte in Prozent



Die Sonntagsfrage zur Bundestagswahl misst aktuelle Wahlneigungen und nicht tatsächliches Wahlverhalten. Sie ermittelt einen Zwischenstand im Meinungsbildungsprozess der Wahlbevölkerung, der erst am Wahlsonntag abgeschlossen ist. Rückschlüsse auf den Wahlausgang sind damit nur bedingt möglich. Viele Wähler legen sich kurzfristig vor einer Wahl fest. Eine große Bedeutung hat zudem der Wahlkampf mit der gezielten Ansprache von unentschlossenen und taktischen Wählern.

## ARD-DeutschlandTREND August 2020

Studie zur politischen Stimmung im Auftrag  
der ARD-Tagesthemen und der Tageszeitung DIE WELT

### Studieninformation

---

Grundgesamtheit	Wahlberechtigte in Deutschland	
Stichprobe	Repräsentative Zufallsauswahl/Dual-Frame (Relation Festnetz-/Mobilfunknummern 60:40)	
WDR-Autorin	Friederike Hofmann	0221 220-1800
WDR-Redakteur	Florian Riesewiek	0221 220-1800
Wissenschaftliche Betreuung / Durchführung infratest dimap	Roberto Heinrich	030 533 22 - 0
Erhebungsverfahren	Telefoninterviews (CATI)	
Fallzahl	1.011 Befragte Sonntagsfrage: 1.511 Befragte	
Gewichtung	nach soziodemographischen Merkmalen Sonntagsfrage mit separater Gewichtung	
Erhebungszeitraum	02. bis 04. August 2020 Sonntagsfrage: 02. bis 05. August 2020	
Schwankungsbreite	1.000 Befragte: 1,4* bis 3,1** Prozentpunkte * bei einem Anteilswert von 5 Prozent ** bei einem Anteilswert von 50 Prozent	
Durchführendes Institut:	Infratest dimap	
Ihre Ansprechpartner:	Dr. Nico A. Siegel	030 53322-0
	Reinhard Schlinkert	0228 32969-3